



Vertrag über die Stellung eines externen behördlichen Datenschutzbeauftragten (behDSB)

Die
Stiftung Preußischer Kulturbesitz,
gemeinschaftlich vertreten durch die Präsidentin,
Prof. Dr. Marion Ackermann und
den Vizepräsidenten Gero Dimter
als weiteres Mitglied des Vorstandes,
diese vertreten durch Jan Buchholz
Von-der-Heydt-Straße 16-18
10785 Berlin

- im Folgenden Auftraggeberin -

und

Unternehmensbezeichnung / Name des Vertragspartners

ggf. Handelsregisternummer

Straße Nummer

PLZ Ort

vertreten durch ...

- im Folgenden Auftragnehmer¹ -

schließen folgenden Vertrag:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung der in der Leistungsbeschreibung und den übrigen Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen durch den Auftragnehmer für die Auftraggeberin. Die Details der geschuldeten Leistung bestimmen sich im Übrigen nach

¹ Im folgenden Text wird zugunsten der Lesbarkeit die männliche Form verwendet.



den folgenden Vertragsbestimmungen und den in § 2 genannten weiteren Vertragsbestandteilen.

- (2) Der Auftragnehmer erbringt die vertragsgemäßen Leistungen mit größtmöglicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit nach dem jeweils neuesten Stand, neuesten Regeln und Erkenntnissen. Er berücksichtigt dabei – soweit erforderlich und sinnvoll – allgemeine Verfahrensbeschreibungen und Industriestandards sowie gegebenenfalls spezifische Vorgaben der Auftraggeberin.
- (3) Der Auftragnehmer ist bei der Erbringung seiner Leistung grundsätzlich keinen Weisungen hinsichtlich der Art, des Ortes oder der Zeit der Leistungserbringung unterworfen. Er wird jedoch bei der Gestaltung der Leistungserbringung diese selbst in der Weise festlegen, dass eine optimale Effizienz bei seiner Tätigkeit und bei der Realisierung des Vertragsgegenstandes dieses Vertrages erzielt wird. Die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer erfolgt lediglich in Abstimmung und in Koordination mit der Auftraggeberin. Etwas anderes gilt nur, soweit dies wegen der Natur der geschuldeten Leistung notwendig und in diesem Vertrag und den in § 2 aufgezählten Vertragsbestandteilen festgelegt ist.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Bestandteile dieses Vertrages sind
 - a) der Vertragstext inklusive Anlagen,
 - b) die Leistungsbeschreibung inklusive Leistungsverzeichnis der Auftraggeberin aus dem zugrundeliegenden Vergabeverfahren einschließlich der dazugehörigen Anlagen und im Rahmen des Vergabeverfahrens erteilten Auskünfte, wenn sie schriftlich oder in Textform erteilt wurden,
 - c) etwaige Besondere Vertragsbedingungen,
 - d) etwaige Ergänzende Vertragsbedingungen,
 - e) die Zusätzlichen Vertragsbedingungen der SPK (ZVB) im Sinne von § 1 VOL/B in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung (<https://www.preussischer-kulturbesitz.de/zvb>),
 - f) etwaige Allgemeine Technische Vertragsbedingungen,
 - g) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung,
 - h) die Angebotsaufforderung der Auftraggeberin,
 - i) das Angebot des Auftragnehmers inklusive der eingereichten Preise,
 - j) eine etwaige Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung (Anlage zum Vertrag),
 - k) etwaige weitere Vergabeunterlagen,
 - l) im Falle einer Rahmenvereinbarung die Einzelabrufe.
- (2) Bei Unstimmigkeiten gelten die Vertragsbestandteile in der oben genannten Rangfolge.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.



§ 3 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und beginnt am 1. Dezember 2026. Er hat eine Mindestlaufzeit von zwei Jahren, mithin bis zum 30. November 2028.
- (2) Nach Ablauf der Mindestlaufzeit ist der Vertrag von jeder Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende ordentlich kündbar.
- (3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund (§ 314 BGB) bleibt unberührt und besteht auch während der Mindestlaufzeit. Ein wichtiger Grund liegt für die Auftraggeberin insbesondere vor, wenn
 - a) die benannte Person oder ihre Vertretung die Voraussetzungen des Art. 37 Abs. 5 DSGVO nicht mehr erfüllt, oder
 - b) ein nicht ausräumbarer Interessenkonflikt im Sinne des Art. 38 Abs. 6 DSGVO eintritt.
- (4) Die Kündigung bedarf der Textform gem. § 126b BGB.

§ 4 Unteraufträge

- (1) Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung oder Teilleistung nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin auf Unterauftragnehmer übertragen. Er ist grundsätzlich verpflichtet, den bei Angebotsabgabe entsprechend der genannten Bewerbungs- und Vertragsbedingungen mittels Formblatt angezeigten Unterauftragnehmer zu wählen.
- (2) Während der Vertragsausführung muss der Auftragnehmer jede beabsichtigte Änderung der Unterauftragnehmer frühzeitig in Textform gemäß § 126b BGB anzeigen und die Zustimmung der Auftraggeberin gemäß Absatz 1 einholen.
- (3) Der Auftragnehmer hat bei der Beauftragung von Unterauftragnehmern zur Durchführung dieses Vertrages diese auf die Einhaltung der in § 8 genannten Pflichten hinzuweisen.

§ 5 Vergütung

- (1) Die Vergütung erfolgt zweigeteilt:

a) Mit der monatlichen Bereitstellungspauschale i. H. v. xxxx € sind die in Ziffer 6.1.1 der Leistungsbeschreibung genannten Leistungen abgegolten. Sie wird unabhängig von einer Einzelbeauftragung geschuldet und ist jeweils zum Ende eines Kalendermonats zur Rechnungsstellung fällig.

b) Über die Bereitstellungspauschale hinausgehende Tätigkeiten werden nach tatsächlichem Aufwand auf Basis des angebotenen Netto-Stundensatzes abgerechnet. Die Abrechnung erfolgt im 15-Minuten-Takt je Vorgang, nicht je Teilschritt. Nicht abrechenbar sind Fortbildungszeiten, interne Rüst- und Verwaltungszeiten, Einarbeitung sowie Reisezeiten.

c) Aufwandsleistungen werden nur nach vorheriger Beauftragung durch den Datenschutzkoordinator der SPK in Textform (§ 126b BGB) erbracht. Ohne vorherige Zustimmung überschrittener Aufwand ist nicht vergütungsfähig.



- (2) Der Auftragnehmer legt monatlich einen Leistungsnachweis vor, der je Vorgang Datum, Gegenstand, Zeitaufwand und bearbeitende Person ausweist. Der Leistungsnachweis ist Voraussetzung der Rechnungsstellung.
- (3) Bei den Angebotspreisen des Auftragnehmers handelt es sich um Festpreise. Diese beinhalten sämtliche Kosten für die anfallenden Leistungen und Entgelte. Durch die Festpreise sind auch Reisekosten und sonstige Nebenkosten (Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit, Transport-, Materialkosten u.a.) des Auftragnehmers abgegolten. Der Auftragnehmer bleibt bis zum Ende der Vertragslaufzeit an seine Preise gebunden.
- (4) Mit der Vergütung sind alle Vergütungsansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen einschließlich der Einräumung der Rechte gemäß § 6 dieses Vertrages abgegolten.
- (5) Soweit gesetzlich nicht anders geregelt, insbesondere in § 13b UStG und § 50a EStG, ist der Auftragnehmer für die Versteuerung der Vergütung und etwaige Abgaben zur Sozialversicherung selbst verantwortlich. Es wird darauf hingewiesen, dass für die Auftraggeberin eine Meldepflicht über geleistete Vergütungen gegenüber den zuständigen Finanzbehörden besteht.
- (6) Die Rechnung ist in digitaler Form einzureichen. Eine Einreichung der Rechnung in Schriftform ist grundsätzlich nicht zulässig.
- (7) Im Übrigen gelten § 15 VOL/B und § 17 VOL/B.
- (8) Fallen bei der Überweisung des Rechnungsbetrages Kosten an (z.B. bei einer Auslandsüberweisung), sind diese vom Zahlungsempfänger zu tragen.

§ 6 Nutzungsrechte

- (1) Sämtliche Arbeitsergebnisse hat der Auftragnehmer spätestens nach Abschluss der Leistung oder anderweitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses an die Auftraggeberin zu übergeben und zu übereignen.
- (2) Wenn und soweit bei Erbringung der Leistung Urheberrechte oder verwandte Schutzrechte im Sinne des Urhebergesetzes entstehen, räumt der Auftragnehmer der Auftraggeberin unbedingt und unwiderruflich die ausschließlichen, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkten Nutzungs- und Verwertungsrechte an der Leistung und ihren Teilen ein. Die Einräumung umfasst die Befugnis der Auftraggeberin zur Nutzung und Verwertung im In- und Ausland in körperlicher Form, insbesondere zur Vervielfältigung, Verbreitung und Ausstellung, und in unkörperlicher Form, insbesondere zur öffentlichen Wiedergabe einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung. Die Auftraggeberin hat dabei auch das Recht, Dritten Nutzungsrechte einzuräumen.
- (3) Die Einräumung des Nutzungsrechts ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.
- (4) Der Auftragnehmer garantiert, dass alle Leistungen, die er oder seine Unterauftragnehmer im Rahmen dieses Vertrags erbringen, frei von Rechten Dritter sind und stellt den Auftraggeber von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheberrechten oder verwandten Schutzrechten oder sonstigen Rechten frei.



§ 7 Persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Auftragnehmers

- (1) Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine natürliche Person, wird durch diesen Vertrag kein persönliches oder wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zur Auftraggeberin begründet. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen finden auf diesen Vertrag keine Anwendung.
- (2) Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine juristische Person, wird durch diesen Vertrag kein persönliches oder wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis der Gesellschafter oder Mitarbeitenden des Auftragnehmers zur Auftraggeberin begründet.

§ 8 Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach Maßgabe des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns vom 11.08.2014 (MiLoG) und des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vom 20.04.2009 (AEntG) in der jeweils gültigen Fassung zu entlohnen und zu beschäftigen. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben jederzeit zu überprüfen. Dazu kann sie sich z. B. anonymisierte Lohnabrechnungen vorlegen lassen oder Einsicht in die entsprechenden Unterlagen des Auftragnehmers verlangen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in Absatz 1 Satz 1 genannte Verpflichtung zur Einhaltung des MiLoG und des AEntG auch den von ihm eingesetzten oder von Unterauftragnehmern eingesetzten Unterauftragnehmern aufzuerlegen. Vor der Beauftragung von Unterauftragnehmern/der Erteilung von Unteraufträgen ist jeweils eine schriftliche Verpflichtungserklärung im Sinne des Absatz 1 Satz 1 einzuholen. Die entsprechenden Erklärungen der gesamten Unterauftragnehmerkette sind auf Verlangen der Auftraggeberin vorzulegen.
- (3) Der Auftragnehmer ist zur Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, sozialrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Regelungen verpflichtet.

§ 9 (Gesamtschuldnerische) Haftung

Soweit es sich beim Auftragnehmer um eine Bietergemeinschaft handelt, haften die beteiligten natürlichen und juristischen Personen als Gesamtschuldner.

§ 10 Haftungsausschluss

- (1) Die Haftung der Auftraggeberin für Schäden, die dem Auftragnehmer entstehen und die nicht auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Auftraggeberin, ihres gesetzlichen Vertreters oder ihrer Erfüllungsgehilfen beruhen, wird ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit.
- (2) Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von Ansprüchen Dritter aus etwaigen von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen verursachten Pflichtverletzungen frei und trägt die Kosten, die der Auftraggeberin in diesem Zusammenhang entstehen. Der Auftragnehmer



verpflichtet sich, in Verträgen, die er zur Durchführung dieses Vertrages mit Dritten schließt, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

§ 11 Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer muss zur Sicherung etwaiger gesetzlicher oder vertraglicher Ersatzansprüche aus diesem Vertrag auf eigene Kosten eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachweisen. Die Deckungssumme der Versicherung muss sich auf eine Mindestversicherungssumme von 1.000.000 Euro je Versicherungsfall belaufen.
- (2) Im Übrigen gilt § 20 ZVB.

§ 12 Nebenabreden, Schriftform

- (1) Sämtliche Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform gem. § 126 BGB, der elektronischen Form gem. § 126a BGB oder der Textform gem. § 126b BGB und müssen als solche ausdrücklich bezeichnet werden. Dies gilt auch für die Abbedingung des Schrift- und Textformerfordernisses.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages aus irgendeinem Grund unwirksam sein oder werden, so wird davon die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt.

§ 14 Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist der Sitz der Auftraggeberin in Berlin.
- (2) Soweit der Auftragnehmer Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, vereinbaren die Vertragsparteien, dass für alle Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, der Sitz der Auftraggeberin in Berlin ausschließlicher Gerichtsstand ist.

§ 15 Anwendbares Recht

Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts Anwendung.